

Der Mensch ist also sowohl *Individual-* als auch *Kollektivwesen*. Damit liegt die Soziale Marktwirtschaft auf einer Linie zwischen der auf dem Individualprinzip beruhenden Marktwirtschaft und der dem Kollektivprinzip folgenden Planwirtschaft.

Wirtschaftliche Freiheit bedeutet, dass die Verbraucher frei entscheiden können, wie sie ihr Einkommen verwenden. Die Eigentümer der Produktionsmittel können frei wählen, ob sie ihre Arbeitskraft, Sachgüter oder unternehmerischen Fähigkeiten zur Verfügung stellen (Gewerbefreiheit, Berufsfreiheit, Freiheit der Eigentumsnutzung). Unternehmer haben die Freiheit, Güter nach ihrer Wahl herzustellen und abzusetzen. Käufern und Verkäufern von Gütern steht es frei, sich neben anderen um das gleiche Ziel zu bemühen (Wettbewerbsfreiheit).

Ist die Funktionsfähigkeit des freien Wettbewerbs gesichert, werden über Angebot und Nachfrage die Wirtschaftspläne so aufeinander abgestimmt, dass die Wirtschaft quasi selbstläufig optimale Ergebnisse erzielt.

Die wirtschaftliche Freiheit soll durch den Staat dort beschränkt werden, wo sie die *soziale Gerechtigkeit* und die soziale Sicherheit gefährdet. So ist es etwa Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die negativen Folgen von Konjunkturschwankungen – Arbeitslosigkeit, Inflation – zu dämpfen. Die Einkommens- und Vermögensverteilung soll zugunsten der leistungsschwächeren Bevölkerungsgruppen staatlich korrigiert werden; es findet eine Umverteilung statt.

Instrumente der Wirtschaftspolitik in einer Sozialen Marktwirtschaft sind z. B. Einkommens- und Vermögenssteuern, die die Steuerpflichtigen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit belasten, Sparprämien für Einkommensschwächere und Lohnpolitik. In der Lohnpolitik üben Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände als Sozialpartner bzw. Tarifpartner einen bedeutenden Einfluss aus. Sozial Schwächere werden durch ein *soziales Netz* (z. B. durch Arbeitslosenversicherung, Kinder- und Erziehungsgeld, Wohngeld, Sozialhilfe) abgesichert. Der Staat übernimmt Aufgaben, die der Markt nicht oder nur sehr eingeschränkt erfüllen kann, wie etwa struktur- und bildungspolitische Aufgaben.

Soziale Sicherheit soll auch dadurch hergestellt werden, dass Anpassungslasten im wirtschaftlichen Strukturwandel, die durch Änderungen der Nachfrage und durch die Freisetzung von Arbeitskräften und Produktionskapazitäten entstehen, zeitlich gestreckt und somit gemildert werden.

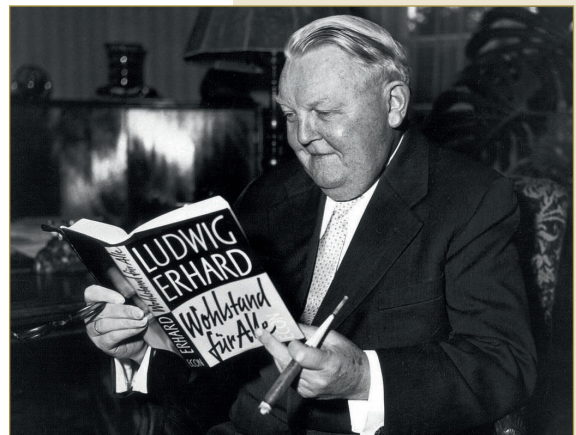
Entsprechende staatliche Maßnahmen sind jedoch umstritten. So wird etwa die finanzielle Unterstützung Not leidender Branchen wie Steinkohlenbergbau oder Schiffsbau seit langem kontrovers diskutiert. Prinzipiell ist der Staat verpflichtet, seine Subventionen regelmäßig zu überdenken, um deren Charakter als Übergangshilfen zu wahren.

Die Pferdekutsche bietet ein treffendes Sinnbild der Wirtschaftsordnung, die in der Bundesrepublik Deutschland vor allem durch den Bundeswirtschaftsminister und späteren Bundeskanzler *Ludwig Erhard* (1897–1977) politisch durchgesetzt wurde.

## Wirtschaftsordnung

Als Wirtschaftsordnung bezeichnet man die Summe der Rahmenbedingungen, die den organisatorischen Aufbau und den Ablauf aller wirtschaftlichen Tätigkeiten innerhalb eines Landes regeln. Im Hinblick auf die Abstimmung der wirtschaftlichen Aktivitäten, die entweder über den Markt oder durch eine zentrale Planungsbehörde erfolgt, werden die grundsätzlichen Modelle Marktwirtschaft einerseits und Zentralverwaltungswirtschaft bzw. Planwirtschaft andererseits unterschieden. Die rechtlichen Normen der Wirtschaftsordnung werden auch als Wirtschaftsverfassung bezeichnet.

*Das Lexikon der Wirtschaft, Bibl. Institut, Mannheim 2004, S. 57*



Ludwig Erhard gilt als „Vater“ des deutschen Wirtschaftswunders.